

Uwe Barth, MdL
Fraktionsvorsitzender



Thomas Kemmerich, MdL
Sprecher für Wirtschaft, Arbeit,
Technologie sowie Gleichstellung

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Tel.: (0361) 37 72700

Fax: (0361) 37 72705

Mail: info@fdp-lt.thueringen.de

Das Thüringer Handwerk und seine Fragen und Erwartungen an Europa

Frage 1:

Das Handwerk ist ein entscheidender Wirtschaftsfaktor für Deutschland und Europa. Die vielfach kleinen und mittelständischen Betriebe fungieren als wichtige Arbeitgeber und engagierte Ausbilder insbesondere in ländlichen Regionen.

Welche konkreten Maßnahmen von Seiten der EU müssen aus Ihrer Sicht umgesetzt werden, um das Thüringer Handwerk in den kommenden Jahren zu unterstützen, vor allem in den Bereichen:

- Absenkung bürokratischer Hemmnisse
- Vermittlung, Willkommenskultur und Integration von Fachkräften
- Rahmenbedingungen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

ANTWORT FDP:

Was die Bürgerinnen und Bürger selbst entscheiden können, sollen sie in der Hand behalten statt der Glühbirnen-, Staubsauger- und Olivenöl-Kännchen-Debatten der Europäischen Kommission - lautet unser liberaler Anspruch an Europa- und Landespolitik. Das heutige Ausmaß der Bürokratie hemmt die Innovationskraft und den unternehmerischen Erfolg des Mittelstands. Unnötige bürokratische Belastungen müssen auf Landes- und europäischer Ebene schnell abgebaut werden. Aber heute werden jedoch 80 Prozent der gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen durch europäisches Recht bestimmt. Daher ist es für uns Liberale essentiell, dass die Präsenz des Freistaates in Brüssel ausgebaut und die Stimme Thüringens hör- und wahrnehmbar wird.

Das Prinzip der Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU ist für uns unantastbar. Die Diskussion über massenhafte Wanderungsbewegungen nach Deutschland und insbesondere nach Thüringen entbehren jeder Grundlage. Wir Liberale heißen Einwanderer, die hier in Deutschland, hier in Thüringen ihre neue Lebensperspektive finden wollen, ausdrücklich willkommen. Sie sind dringend benötigte kreative Köpfe für unsere heimischen Unternehmen. Sie bringen neues Wissen und Forschergeist in unsere Hochschulen. Deshalb fordern wir, dass die Einwanderung von Arbeitskräften besser gesteuert wird, dass sich wie in anderen Staaten bereits praktiziert, Einwanderung nach Kriterien wie dem individuellen Bildungs- und Ausbildungsstand und den persönlichen Erfahrungswerten im Beruf richtet. Zu hohe Hürden für diese qualifizierte Zuwanderung macht den Weg nach Deutschland für diese Einwanderungswilligen jedoch schnell unattraktiv. Wir benötigen ein klares, transparentes, zusammenhängendes und nachvollziehbares Zuwanderungskonzept, um eine für Thüringen und für Deutschland wichtige Willkommenskultur auch wirklich leben zu können.

Die Stabilität und der Erhalt unserer gemeinsamen Währung liegen im Interesse der europäischen Wirtschaft vom Kleinunternehmen über den Mittelstand bis zum Großkonzern, aber auch vom Verbraucher bis zum Urlaubsreisenden.

Uwe Barth, MdL
Fraktionsvorsitzender



Thomas Kemmerich, MdL
Sprecher für Wirtschaft, Arbeit,
Technologie sowie Gleichstellung

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Tel.: (0361) 37 72700

Fax: (0361) 37 72705

Mail: info@fdp-lt.thueringen.de

Hieraus ergibt sich die zentrale Herausforderung liberaler Finanz- und Wirtschaftspolitik in Europa: Die Europäische Union muss nach marktwirtschaftlichen und demokratischen Grundsätzen vertieft werden, um Risiko und Haftung, um Entscheidungsfreiheit und Verantwortung wieder zusammenzuführen. Handeln und Haften müssen untrennbar miteinander verbunden bleiben. Die Währungsunion kann nur als Stabilitätsunion dauerhaft bestehen. Die Schuldenpolitik einzelner Staaten und Banken darf die Eurozone als Ganzes nicht noch einmal in Gefahr bringen. Jeder Mitgliedsstaat muss jeweils für sich genommen die Stabilitätsanforderungen erfüllen.

Frage 2:

Der **Meisterbrief** im Handwerk hat sich in den vergangenen Jahrzehnten als wichtige Grundlage zur Sicherung von Qualität und Ausbildung als auch für ein nachhaltiges Unternehmertum etabliert. Nunmehr wird durch die Europäische Union angedacht, die Zulassungsvoraussetzungen im Handwerk erneut zu novellieren und somit die Bedeutung der Meisterausbildung zu unterlaufen.

Wie bewerten Sie dieses Vorgehen der EU?

Welche Verfahren bzw. welches Vorgehen verfolgen Sie, um diesbezüglich das Handwerk konkret zu unterstützen?

ANTWORT FDP

Das Handwerk erwirtschaftet acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts und ist damit nach der Industrie der zweitgrößte und zugleich der vielseitigste Wirtschaftszweig in Deutschland. Voraussetzung für die qualitativ so hochwertige und international berühmte Arbeit des deutschen Handwerks ist das einmalige duale Ausbildungssystem in Deutschland. Ein Gesellenbrief oder ein Meistertitel garantieren – insbesondere für junge Menschen – gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt, weil sie für eine gesicherte und regelmäßig überprüfte Ausbildung stehen. Gesellen- und Meisterbrief sind die Qualitätssiegel des deutschen Handwerks und das duale Ausbildungssystem ist durch seine Praxisorientierung ein Erfolgsmodell, weil es die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Handwerksprodukte garantiert und vor allem praktisch orientierten Jugendlichen eine sichere berufliche Perspektive eröffnet. Dieses erfolgreiche und zukunftssträchtige Ausbildungssystem muss erhalten werden. Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag hat daher einen entsprechenden Antrag eingebracht, in dem die Thüringer Landesregierung aufgefordert wird, sich klar für die Beibehaltung der Gesellen- und Meisterpflicht bei der Ausübung bestimmter handwerklicher Berufe auszusprechen. Wer die duale Ausbildung als deutschen Exportschlager stärken will, muss den Meisterbrief erhalten. Wir lehnen deshalb die einstigen Bestrebungen der Europäischen Kommission ab, auch im Handwerk – notfalls mit Sanktionen – bei so vielen Berufen wie möglich die Zulassungspflicht aufzuheben. Die Initiative, mehr Transparenz bei der Anerkennung von Abschlüssen und Zulassung zu Berufen zu erreichen, begrüßen wir grundsätzlich, aber sie hat mit Augenmaß und Berücksichtigung nationaler Besonderheiten zu erfolgen.

Uwe Barth, MdL
Fraktionsvorsitzender



Thomas Kemmerich, MdL
Sprecher für Wirtschaft, Arbeit,
Technologie sowie Gleichstellung

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Tel.: (0361) 37 72700

Fax: (0361) 37 72705

Mail: info@fdp-lt.thueringen.de

Frage 3:

Das Handwerk begrüßt die Ende letzten Jahres durch das Plenum des Europäischen Parlaments beschlossene **Berufsanerkennungsrichtlinie**, durch die ein europaweites Verfahren zur Vergleichbarkeit von beruflichen und akademischen Abschlüssen implementiert wurde. Im Verlauf der kommenden Monate sollen im Rahmen der europäischen Reformprozesse auch die reglementierten Ausbildungsberufe aller EU-Mitgliedstaaten überprüft werden.

Unterstützen Sie das Handwerk dahingehend, den Nutzen nationaler Berufsabschlüsse des Handwerks im europäischen Kontext hervorzuheben?

ANTWORT FDP:

Die FDP unterstützt die Bemühungen des Handwerks, den hohen Qualitäts-Standards des deutschen Berufsbildungssystems auch auf europäischer Ebene die verdiente Anerkennung zuteil werden zu lassen. Dies gilt gerade auch bei Maßnahmen, die der europaweiten Arbeitnehmerfreizügigkeit dienen. Viele Berufsabschlüsse, die im Ausland an einer Hochschule absolviert werden, werden in Deutschland praxisnah und auf mindestens gleichem Niveau im dualen System der Berufsbildung vermittelt. Auch am Meisterbrief als dem Gütesiegel des deutschen Handwerks darf es keine Abstriche mehr geben. Die FDP begrüßt deshalb, dass die EU-Kommission klargestellt hat, dass sie den Meisterbrief nicht abschaffen möchte.

Frage 4:

Faire und transparente Kontrollkriterien zur Vermeidung von Lohn- und Sozialdumping innerhalb der EU sind wichtig für eine funktionierende Marktwirtschaft. Trotz des gemeinsamen Marktes müssen aus Sicht des Handwerks die Kontrollen letztlich in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten bestehen bleiben. Nur hierdurch kann gewährleistet werden, dass Zoll-/ Finanzkontrollen auch künftig verdachtsunabhängig und flächendeckend für die Einhaltung der Entsendebestimmungen nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz durchgeführt werden können.

Welche Verfahren forcieren Sie, die Einhaltung der Entsendebestimmungen besonders im Rahmen der anstehenden Mindestlohnregelungen in Deutschland effektiv zu gewährleisten?

ANTWORT FDP:

Künftig soll die Entsendung von Arbeitnehmern innerhalb der EU vereinfacht und besser durchgesetzt werden, das begrüßen wir. Die Entsendung von Arbeitnehmern ist hier ein wichtiger Aspekt. Die aktuelle Rechtslage hat zu viele Schlupflöcher gelassen. Den schwarzen Schafen unter den Unternehmern soll nun das Handwerk gelegt werden. Allerdings dürfen wir Unternehmen nicht mit neuer Bürokratie belasten. Daher hat das Europäische Parlament im April 2014 einem Kompromiss zugestimmt, der beiden Seiten – Arbeitgebern und Arbeitnehmern – gerecht wird. Um Missbrauch z.B. durch Scheinentsendungen und Ausbeutung zu unterbinden soll EU-weit die direkte Subunternehmerhaftung eingeführt werden. Briefkastenfirmen werden verboten. Nachdem in Deutschland bereits die umfassendere Generalunternehmerhaftung gilt, ändert sich hier nichts. Zudem sollen angemessene und gerechte Kontrollen weiter im Ermessen der Mitgliedstaaten liegen, allerdings bei der Kommission gemeldet werden, damit einzelne Mitgliedstaaten ihre Märkte nicht abschotten können.

Uwe Barth, MdL
Fraktionsvorsitzender



Thomas Kemmerich, MdL
Sprecher für Wirtschaft, Arbeit,
Technologie sowie Gleichstellung

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Tel.: (0361) 37 72700

Fax: (0361) 37 72705

Mail: info@fdp-lt.thueringen.de

Frage 5

Die Energiewende ist ein zentrales Thema, welches sowohl auf regionaler wie auch nationaler und europäischer Ebene von herausragender Bedeutung ist. Im Rahmen dessen sind folgende Faktoren für das Handwerk von besonderem Interesse:

- Stabilität bei Energiepreisen und -versorgung sowie faire Kostenverteilung im Rahmen der Energiewende
- Energieeffizienz sowie dezentrale Energie- und Wärmeversorgungssysteme vorantreiben (insbesondere in ländlichen Regionen)

Welche Ziele und Maßnahmen haben Ihrer Ansicht nach die höchste Priorität bei der Umsetzung der Energiewende? Wie sollte deren Finanzierung sichergestellt werden?

ANTWORT FDP:

Die Energiewende steht vor dem Scheitern. Der Kapazitätsausbau der erneuerbaren Energien belastet mit steigenden Strompreisen die Verbraucher und gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Arbeitsplätze in Thüringen. Es reicht daher nicht mehr aus, nur den weiteren Anstieg der Strompreise zu dämpfen. Die Vorschläge der EEG-Novelle von Bundeswirtschaftsminister Gabriel können die Fehlsteuerungen im System nicht beseitigen. Die FDP will eine bezahlbare, sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung. Die erneuerbaren Energien müssen sich nach 14 Jahren EEG endlich dem Markt stellen. Wir brauchen daher ein Aussetzen der EEG-Förderung. Ziel ist die schnelle Einführung eines marktorientierten Modells wie zum Beispiel in Form eines Quotenmodells anstelle der garantierten Einspeisevergütung im EEG, um den vorgesehenen Anteil erneuerbarer Energien möglichst effizient und kostengünstig zu erreichen. Die FDP will zudem mit der Absenkung der Stromsteuer Verbraucher und Unternehmen sofort entlasten. Die Stromsteuer sollte schnellstmöglich auf das von der EU vorgegebene Mindestmaß abgesenkt werden. Auf europäischer Ebene streben wir einen Energie-Binnenmarkt an. Dazu sind die bisher weitgehend abgeschotteten nationalen Teilmärkte für Strom und Gas stärker miteinander zu verkoppeln. Die FDP tritt weiterhin für die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung ein, die bisher von SPD und Grünen blockiert wurde. Zur Steigerung der Energieeffizienz setzen wir nicht auf Verbote und noch mehr Reglementierungen insbesondere im Baubereich, sondern auf Anreize für den Einsatz moderner und energiesparender Technologien.

Uwe Barth, MdL
Fraktionsvorsitzender



Thomas Kemmerich, MdL
Sprecher für Wirtschaft, Arbeit,
Technologie sowie Gleichstellung

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Tel.: (0361) 37 72700

Fax: (0361) 37 72705

Mail: info@fdp-lt.thueringen.de

Frage 6

Seit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise und den daraus resultierenden Folgen für die EU besteht aus Sicht des Handwerks dringender Korrekturbedarf bei den Strukturen und Verfahren der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Dahingehend finden seit Jahren unter anderem weitreichende Diskussionen bezüglich einer (Neu-)Regulierung der Finanzmärkte statt.

Welche Struktur- und Verfahrensreformen sollten aus Ihrer Sicht innerhalb der EU umgesetzt werden, um solide Rahmenbedingungen für die Zukunft aufzubauen und nachzuhalten - folgende Aspekte sind dabei aus Sicht des Handwerks besonders zu berücksichtigen:

- *Umsetzung und Kontrolle solider Haushaltsfinanzen europäischer Mitgliedsstaaten*
- *Kultur der Mittelstandsfinanzierung im Rahmen der Strukturreform des Bankensystems*

ANTWORT FDP:

Ein leistungsfähiges und stabiles Finanzsystem ist in der Sozialen Marktwirtschaft unerlässlich für eine innovative und erfolgreiche Wirtschaft, die verlässliche Altersvorsorge der Menschen und die Finanzierung der öffentlichen Hand. Es sorgt für einen nachfrage- und risikogerechten Zugang zu Finanzmitteln und gibt damit Raum für Investitionen und nachhaltige Formen der Geldanlage. Ein funktionierendes Finanzsystem dient damit dem Fortschritt und Wachstum von Wirtschaft und Gesellschaft. Dafür brauchen wir freie, aber nicht ungeordnete Finanzmärkte. Zu dieser Unordnung haben Fehlentscheidungen in Notenbanken, Aufsichtsbehörden, Rating-Agenturen und Finanzinstituten maßgeblich beigetragen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt: Wir brauchen eine streitbare und wehrhafte Soziale Marktwirtschaft - eine neue Ordnungspolitik für die Finanzmärkte des 21. Jahrhunderts. Wir wollen dieses System stärken und dort, wo es Fehlentwicklungen gegeben hat, durch ein neues Ordnungsrecht nachsteuern. In Deutschland sind wir voran gegangen. Mit einem Bankeninsolvenzrecht für systemrelevante Banken haben wir Risiko und Haftung wieder zusammen gebracht. Jetzt muss es schnell eine ähnliche Regelung auf europäischer Ebene geben. Wir Liberale haben die Kontrolle der Ratingagenturen verbessert und die Bankenaufsicht gestärkt.

Globales Wirtschaften verlangt globale Finanzmärkte. Es braucht eine nachhaltige Reform des Ordnungsrahmens im Bankensektor und an den Finanzmärkten insgesamt, um Risiken für Konjunktur und wirtschaftliche Entwicklung abzuwenden sowie gesellschaftliche Stabilität zu ermöglichen. Um eine effektive staatliche Kontrolle sicherzustellen, bedarf es dazu einerseits international strenger Regeln und andererseits national und international wettbewerbsfähiger Institute, die ihrer wichtigen Finanzierungsfunktion nachkommen können. Dazu gehören effektive Risikopuffer und Risikomanagementsysteme für alle Marktteilnehmer, einschließlich der Handelssysteme. Hinzu kommen transparente Abläufe und Risiken, klare Verantwortlichkeiten und Haftungsregeln und eine effektive Kontrolle. Jenseits aller Regeln und Kontrollen ist aber das wichtigste, dass Risiko und Haftung wieder zusammengeführt werden. Privat eingegangene Risiken müssen auch privat getragen werden. Das ist der beste Risikoschutz für alle.

Der Kapitalmarkt ist neben dem Bankensystem ein wichtiger Bestandteil für die Finanzierung unserer Zukunft und der Altersvorsorge. Auch hier wollen wir weiter an krisen- und zukunftsfesten Rahmenbedingungen arbeiten. Hier zu gehören auch Wagniskapital und Private Equity. Deutschland verdankt seine starke Position im internationalen Wettbewerb nicht nur Innovation, sondern auch dem Vertrauen in Investitionen und Produktion Made in Germany.

Uwe Barth, MdL

Fraktionsvorsitzender



Thomas Kemmerich, MdL

Sprecher für Wirtschaft, Arbeit,
Technologie sowie Gleichstellung

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Tel.: (0361) 37 72700

Fax: (0361) 37 72705

Mail: info@fdp-lt.thueringen.de

Um die Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit des Bankensektors in Deutschland dauerhaft wiederherzustellen, müssen insbesondere auch die krisengeschüttelten Landesbanken ihr Geschäftsmodell und ihre Bilanz auf das Maß zurückführen, das ihrem öffentlichen Auftrag angemessen ist. Für eingegangene Risiken müssen alle Gesellschafter in die Mitverantwortung genommen werden, auch die Sparkassen, soweit sie Geschäftsanteile gehalten haben. Der Staat sollte sich nach und nach aus diesen Banken zurückziehen. Weitere Subventionen zu Lasten privater Wettbewerber oder noch höhere Belastungen des Steuerzahlers mit den Risiken der bereits gestützten Institute, insbesondere bei der Rettung von Landesbanken, sind nicht hinnehmbar und schaden dem Standort insgesamt.